

Dr. Anselm Vogt:

## **Politik und Zukunft – die neue Versuchung der Radikalität**

Skript des Eingangs-Impulses beim Online-Café philosophique der VHS Essen am 06.12.2020

Wer möchte nicht die Übel bei der Wurzel packen und sie damit ein für alle Mal beseitigen? Spricht das nicht für eine radikale Politik ohne faule Kompromisse? Andererseits gilt der Kompromiss als Lebenselixier liberaler Demokratien, als Vehikel des Interessenausgleichs, der eine demokratische Politik vom totalitären Regieren unterscheidet. Überdies wird in einer Politik der „checks and balances“ die adäquate Antwort darin gesehen, dass es in der Politik keine absoluten Wahrheiten gibt. Insofern sind die im demokratischen System eingebauten Kontrollen nicht in erster Linie lästige Bremsen, wie es ihre Kritiker oft sehen, sondern die angemessene Antwort auf menschliche Fehlbarkeit – Demokratie als institutionalisierte Skepsis.

Nun scheint die Klimakatastrophe ein Abrücken von dieser Einsicht zu erzwingen. Die meisten Wissenschaftler erwarten in nächster Zeit einen Kipppunkt, an dem der durch Rückkoppelungseffekte sich verstärkende Klimawandel irreversibel wird. Angesichts dieser bedrohlichen Lage ist die Ungeduld von ‚Fridays for Future‘ mehr als verständlich und auch nachvollziehbar, dass den Klimaaktivisten der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen viel zu langsam vorankommt. Wie der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen zeigt, ist aber eine Politik, die keine Rücksicht auf Autofahrer und alte Industrien nimmt, in der Gefahr, die Bevölkerungsmehrheit an Populisten zu verlieren, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. Innerhalb eines demokratischen Systems ist also eine radikale Klimapolitik kaum durchsetzbar. Wer also eine radikale Klimapolitik ohne Rücksicht auf Kompromisse will, steht vor der Alternative, in der Demokratie keine Mehrheit zu bekommen und ohnmächtig zu bleiben oder eine Ökodiktatur in Kauf zu nehmen. Diesem Dilemma will sich die Partei Bündnis‘90/Die Grünen womöglich entziehen, die deshalb radikalen Klimaschützern als verräterisch gilt, insofern sie z. B. in Hessen als Beteiligte an einer schwarz-grünen Landesregierung den Bau einer Autobahn betreibt, die sie eigentlich ablehnt. Aus diesem Grunde haben sogenannte Klimalisten sich von ihnen abgewendet, die in jedem Kompromiss Verrat an der edlen Sache wittern.

Die Befürworter einer radikaleren Klimapolitik wie ‚Fridays for Future‘ oder noch radikaler ‚extinction rebellion‘ wollen aber auf keinen Fall eine Ökodiktatur. Sie plädieren eher für mehr demokratische Beteiligung und nehmen damit in Kauf, dass etwa die Wende hin zu erneuerbaren Energien durch Bürgerinitiativen noch weiter verlangsamt wird wie die Proteste gegen Windräder oder Leitungen für die erneuerbare Energie zeigen.

Aber selbst, wenn man einmal annimmt, dass sich irgendwo eine Ökodiktatur etablieren würde, müsste man in vielerlei Hinsicht skeptisch sein. Aus der Erfahrung mit Diktaturen, etwa der kommunistischen, weiß man, dass diese nach einer idealistischen Anfangsphase, in der die Ideen im Vordergrund stehen, den Gesetzmäßigkeiten der Verselbständigung der Macht unterliegen, die eben in einer Diktatur nicht mehr kontrolliert wird. Wenn die Idealisten durch die Machtpolitiker ersetzt werden, geht es dann zunehmend um deren eigene Interessen und nicht mehr um die idealistischen Ziele der Diktatur. Aber schon die

Anfangsphase ist erfahrungsgemäß problematisch, weil sich die Idealisten im Besitz der absoluten Wahrheit wähnen und dazu tendieren, Kritiker mit Gewalt zum Schweigen zu bringen, da diese ja durch ihren Widerstand die Herbeiführung des heilsbringenden Ziels verhindern. Letzteres wird dadurch begünstigt, als sie der Meinung sind, sie hätten eine wissenschaftlich begründete Zukunftsvision. Im Falle des Kommunismus war dies der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus von Karl Marx, der eine quasi naturwissenschaftlich begründete Erwartung des Sozialismus und Kommunismus beanspruchte.

Im Falle der Klimaretter ist es eher eine apokalyptische Erwartung, die sich aber auch auf die Wissenschaft, nämlich die Klimaforschung beruft. Bei aller Berücksichtigung des Ernstes der Lage ist aber auch hier der Unterschied von bedingten Prognosen, die falsifizierbar sind, und von Prophetien zu beachten. Karl Popper hat in den Prophetien eine Gefahr für die offene Gesellschaft gesehen und anstelle von Gesamtentwürfen für *piecemeal engineering* plädiert.

Er hat gesehen, dass Gesamtentwürfe zu viele Veränderungen an einer komplexen Realität vornehmen, deren Rück- und Wechselwirkung gar nicht vorhersehbar sind. Auch sind die Prognosen der Entwicklung oft dazu verurteilt, Extrapolationen gegenwärtiger Trends vorzunehmen. Sie können weder positive noch negative Rückkopplungsprozesse hinreichend berücksichtigen.

Das oben beschriebene Dilemma zwischen der Notwendigkeit von Kompromissen und der eventuellen Unterlassung von Maßnahmen, die zur Verhinderung der Klimakatastrophe getroffen werden müssten, hängt auf den ersten Blick mit den Erfordernissen eines liberalen politischen Systems zusammen. Diese aber sind Ausdruck der grundsätzlichen Fehlbarkeit menschlichen Wissens über die Zukunft.

Einerseits ist der Mensch das Tier, das sich mit Heideggers Wort in der Sorge immer schon vorweg ist. Ein Tier also, das nicht nur für gegenwärtige Bedürfnisse und Gefahren Vorsorge trifft. Andererseits kann, wie Günter Anders und Hans Jonas gezeigt haben, seine Antizipationsfähigkeit nicht mit den Wirkungen seines Handelns Schritt halten. Angesichts der vom Menschen veränderten Welt reicht seine natürliche Zukunftsbezogenheit also bei weitem nicht aus. Wenn der Mensch dem durch futuristisches Denken Rechnung tragen will, stößt er an die Grenzen seiner Möglichkeit wissenschaftlicher Vorhersage. Die Konfrontation mit der prinzipiellen Offenheit der Zukunft erzeugt das Bedürfnis nach Prophetie, die ihn vor der Konfrontation mit dem Unverfügbaren bewahren soll. Auch die Wissenschaft unterliegt der Versuchung, über wissenschaftlich abgedeckte Voraussagen hinauszugehen. Dies ist der Schritt von der bedingten, hypothetischen Vorhersage zur Prophetie. Auch die gegenwärtige Klimaforschung unterliegt in ihrem Bemühen, die Menschen aufzurütteln, zuweilen dieser Versuchung. Ein Faktor, der nicht von den Klimaforschern mit ihren naturwissenschaftlichen Methoden vorhergesagt werden kann, ist das Verhalten der Menschen selber. Ein weiterer Punkt ist das zukünftige Wissen, das man nicht vorhersagen kann, was aber eventuell einen großen Einfluss auf die Entwicklung haben kann. Popper hat bereits gezeigt, dass es logisch unmöglich ist, zukünftiges Wissen vorauszusehen.

Wie auch der Klimaforscher Hans von Storch – der keineswegs den menschengemachten Klimawandel leugnet – beschrieben hat, neigen auch heutige Klimaforscher in ihrem Alarmismus zu Vereinfachungen, die das wissenschaftlich Abgedeckte überschreiten. Von

Storch verweist darauf, dass z.B. das prognostizierte Waldsterben nicht eingetreten ist und der Wald sich erholt hat. Dies könnte natürlich aber auch die Folge der präventiven Maßnahmen wie des Einbaus von Filtern in der Industrie oder von Katalysatoren in Autos gewesen sein. Von daher ist es vielleicht gerechtfertigt, durch vereinfachende Übertreibungen Gegenmaßnahmen zu provozieren, die den Eintritt des Befürchteten verhindern. Man könnte hierin eine Anwendung des von Hans Jonas propagierten Prinzips „in dubio pro malo“ erblicken (aus seinem Werk „Das Prinzip Verantwortung“, 1979). Dieses Prinzip kann aber den Ausweg aus der Krise selbst gefährden. Nehmen wir etwa die Möglichkeit der Nutzung von Biomasse, die wegen des Verlustes von Anbaufläche für Nahrungsmittel kritisch gesehen wird, die zur Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung jedoch auch dringend erforderlich sein kann. Hier böte Gentechnik einen Ausweg, weil sie eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion auf geringerer Fläche ermöglichte. Nun ist Gentechnik politisch umstritten. Wenn man die negativste Entwicklung zugrunde legte, müsste man darauf verzichten. Doch dann müsste man auch auf eine vermehrte Nutzung der Bioenergie verzichten. Dies zeigt, dass eine generelle Priorität der pessimistischen Prognose einen möglichen Ausweg aus der Krise verhindern kann.

Hans von Storch moniert überdies, dass manche Klimaforscher ihre Kompetenz überschreiten und die Zuflucht im Moralisieren suchen. Hier laufen sie Gefahr, dem naturalistischen Fehlschluss zu erliegen, weil sie nicht hinreichend berücksichtigen, dass aus der Analyse dessen, was ist, keineswegs folgt, was sein soll. Wie Johannes Müller-Salo zeigt, lassen sich aus der Analyse dessen, was ist, je nach normativer Voraussetzung unterschiedliche Wege herleiten. Müller-Salo belegt das am Unterschied der Prioritäten in Papst Franziskus` Enzyklika „Laudato si“ und den Reden von Greta Thunberg, obwohl sie in der Einschätzung der Fakten kaum differieren. Auch wenn der Papst davor warnt, den späteren Generationen zu viel Wüsten, Schutt und Schmutz zu hinterlassen, bejaht er uneingeschränkt das Recht der armen Länder des Südens, die Armut und das soziale Elend zu überwinden. Demgegenüber betont Thunberg eher die Ungleichheit zwischen den Generationen und prangert die Verschwendung in der Gegenwart auf Kosten der Zukunft und zukünftiger Generationen an.

Über die Kritik der Vermengung von Faktischem und Normativem hinaus wäre hierbei zu betonen, dass selbst hinsichtlich der faktischen Entwicklungen große Unsicherheiten bestehen, weil gut Gemeintes auch hier unerwünschte Nebenfolgen haben kann, die im gesinnungsethischen Überschwang häufig übersehen werden.

So könnte gerade der moralisierende Appell an die Menschen in den hochentwickelten Ländern, ihre persönliche CO<sub>2</sub>-Bilanz durch mehr Askese zu verbessern, kontraproduktiv sein. Bernward Gesang zeigt in einer utilitaristischen Nutzenanalyse, dass manche Hilfsmaßnahmen für Entwicklungsländer einen größeren Nutzen als Konsumverzicht in den entwickelten Ländern haben könnten. Wenn man etwa die indigene Bevölkerung im Amazonasgebiet wirtschaftlich so unterstützen würde, dass sie nicht gezwungen wäre, den Regenwald abzuholzen, so könnte man damit einen gewaltigen Effekt auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz ausüben. Hans Werner Sinn weist zudem auf ein grünes Paradox hin. Wenn die hochentwickelten Länder Energie sparen, sinkt etwa ihre Nachfrage nach Öl, der Ölpreis sinkt, weil der Anreiz für die Ölexporture steigt, ihre Vorräte schnell zu verkaufen, Dadurch stiege aber die Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer nach den günstiger

werdenden fossilen Brennstoffen mit der Konsequenz der Beschleunigung einer traditionellen fossilen Industrialisierung mit verheerenden Konsequenzen auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz in diesen Ländern. In eine ähnliche Richtung zielt auch Hans von Storch, wenn er fordert, dass wir uns nicht auf Appelle an die Bereitschaft zum Verzicht kaprizieren sollten, sondern lieber das tun, was wir können. Das ist nämlich nicht Askese, sondern Förderung des technologischen Fortschritts – gerade im Bereich energiesparender Technologien und alternativer Energieträger. Nur so können wir eventuell einen alternativen Weg der Prosperität Schwellen- und Entwicklungsländern schmackhaft machen, der nicht so stark auf fossile Brennstoffe gegründet ist.

Dagegen würde eine völlige Veränderung unserer Lebensweise im Sinne einer Postwachstumsökonomie, wie es Öko-Utopisten fordern, daran scheitern, dass unser Anteil am Weltkohlendioxidausstoß mit nicht einmal 2% verschwindend gering ist. Ohne also für Entwicklungs- und Schwellenländer einen klimaverträglichen Weg zum Wohlstand zu weisen, sind alle Bemühungen, den Temperaturanstieg zu stoppen, zum Scheitern verurteilt.

Es zeigt sich also, dass es keinerlei absolute Wahrheit in der Klimapolitik gibt, da man immer mit unerwünschten Nebenfolgen des gewählten Weges rechnen muss und weil den Zukunftsentwürfen unterschiedliche normative Vorstellungen zugrunde liegen. Somit sollte man das demokratische System der *checks and balances* nicht als Bremse, sondern als Chance sehen, auf dem Wege von Kompromissen zwar keine ideale, aber vielleicht tragbare Lösungen zu finden. Das liberale System trägt sicher am besten der Fehlbarkeit des menschlichen Wissens um die Zukunft Rechnung, an dem auch die Wissenschaft nichts ändern kann. Vielleicht könnte man das System der *checks and balances* noch um eine Art „Zukunftsgremium“ mit suspensivem Veto bei der Gesetzgebung erweitern, das sich als eine Art Anwalt zukünftiger Interessen etablieren könnte.

Wir stecken nämlich unwiderruflich in dem Dilemma, dass wir uns bezüglich unserer Zukunft nicht mehr auf unsere Instinkte und unseren angeborenen Horizont verlassen können. Heute gilt noch stärker, als es die Anthropologie des 20. Jahrhunderts bei Gehlen, Plessner oder Scheler bereits gesehen hatte, darum, dass der Mensch nicht in einer Nische geborgen, sondern weltoffen ist. Diese Offenheit ist aber zunehmend mit einer Orientierungslosigkeit verbunden, die uns entweder in die Versuchung des Absoluten in Gestalt prophetischer Entwürfe treibt oder zur gänzlichen Verdrängung durch Flucht in die Nahperspektive veranlasst.

Etwas Ähnliches erleben wir auch in der Coronakrise, die in manchem als eine Vorbereitung auf den Umgang mit der Klimakrise gesehen werden kann. Denn bei den Corona-Schutz-Beschränkungen stehen wir zwischen den Sklaven des Moments, die immer wieder die Verhältnismäßigkeit von Eingriffen bezweifeln, und denen, die nach langfristigen Strategien verlangen, die aber unsere wissenschaftliche Perspektive überschreiten. Der Weg der Bundesregierung ist hierbei ein Kompromiss, der versucht, die Kurve der Neuinfektionen abzuflachen, um sowohl eine Überlastung der Intensivstationen als auch eine Überforderung der Gesundheitsämter zu verhindern. Da es keinen Königsweg aus der Krise gibt, ist das ‚sowohl als auch‘ geboten. Es muss der Schutz der Vulnerablen gesichert werden, ohne sie einzusperren. Letzteres wäre die Folge des radikalen Weges, der die Durchseuchung der Bevölkerung als unvermeidliche Etappe zur Beendigung der Pandemie

sieht. Dass man mit wiederholten kleineren Shutdowns rechnen muss, ist unvermeidbar, wenn man nicht den radikalen Weg gehen will, die Infektionen laufen zu lassen. Wann es einen genehmigten und ausreichend vorhandenen Impfstoff oder erfolgversprechende Therapien geben wird, kann heute keiner sagen. Es gibt inzwischen berechtigte Hoffnung, dass dies bald der Fall sein wird, so dass man bis dahin den Weg der kleinen Shutdowns kombiniert mit verbesserter Testung und konsequenterer Anwendung und Kontrolle des *smart distancing* gehen kann.

Auch wenn es Parallelen zwischen der Reaktion auf Corona und der auf die Klimakrise gibt, ist doch letztere unvergleichlich schwieriger zu bewältigen. Wie wir oben bereits gesehen haben, ist es schwierig, die Entwicklung aufgrund der komplexen Wechselwirkung zwischen unserem Verhalten sowie dem der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern und der vielfältigen Rückkopplungsprozesse auch annähernd zu prognostizieren. Dies führt dann zu zwei gegensätzlichen extremen Reaktionen. Die eine ist die Ignorierung der Gefahr und die Reduktion auf die kurzfristige Perspektive, die Andere führt zu einem Moralisieren im Sinne einer narzisstischen Moral der Gesinnungsreinheit als symbolischer Selbstvergewisserung. Letzteres wäre mit einer Verdrängung unserer tatsächlichen Zukunftsunsicherheit verbunden. Hinter den apokalyptischen Visionen steht der Versuch, einen absolut notwendigen Weg zur Vermeidung der Apokalypse benennen zu können. Es ist die Versuchung des Absoluten, die mit dem Gedanken einer Alternativlosigkeit des vermeintlich einzigen rettenden Auswegs verbunden ist, der aufgrund vermeintlicher wissenschaftlicher Begründung über jeden lähmenden Zweifel erhaben sein soll. Solche apokalyptischen Visionen haben für ihre Verfechter den Vorteil, dass sie die Chance zu bieten scheinen, einen die unterschiedlichen Milieus und Weltanschauungen der pluralistischen Gesellschaft verbindenden Weg zwingend zu machen. Denn wer könnte sich denn dem Gedanken der Verhinderung des Weltuntergangs verschließen? Zumal es sich um einen Gedanken handelt, der angeblich wissenschaftlich begründet ist.

Im Grunde ist die Attraktivität solcher Entwürfe einem verbreiteten Unbehagen an der Kontingenz geschuldet, die eine unvermeidliche Erfahrung des modernen Bewusstseins ist. Dem gleichen Bedürfnis nach Kontingenzvermeidung und dem Leiden an der Unsicherheit der Zukunft verdankt sich die politische Radikalität, die häufig mit einem Antiliberalismus und der Versuchung des Totalitarismus verknüpft ist. Auch wenn sie für sich den Anspruch erhebt, sich nicht im Klein-Klein kleiner Kompromisse zu verstricken, sondern das Problem an der Wurzel zu packen, kann sie gerade dadurch scheitern. Es ist allerdings für diesen radikalen Weg typisch, dass er sich die Gründe für ein solches Scheitern nicht selbst zurechnet. Ihm ist die gesinnungsethische Attitüde eigen, sich nur für die eigene reine Gesinnung und nicht für mögliche unerwünschte Konsequenzen verantwortlich zu fühlen. Wenn beispielsweise eine radikale Position zu einer populistischen Gegenreaktion führt, würde sich der Gesinnungsethiker dafür nie verantwortlich fühlen. Beispiele wie der Sieg von Donald Trump bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2016 oder der Aufstand der Gelbwesten in Frankreich zeigen das Problem. Ein verantwortungsethischer Weg aus der Krise muss immer im Blick haben, wie sich das eigene Handeln auf Großemittenten von CO<sub>2</sub> wie China, Indien oder USA auswirken. Sich auf die Reinheit und Moralität der eigenen Position zurückzuziehen ist zutiefst amoralisch.